



09.13

Editorial

Gesellschaft

Erste repräsentative Studie zum „Service Learning“
Der Beitrag der Bürgergesellschaft zur sozialen Gerechtigkeit
Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist Glück
Akzeptanz als strategischer Erfolgsfaktor

Bildung

Chancengerechtigkeit in der Bildung verbessert sich nur langsam

Demographie

Ausländische Senioren in Deutschland stark von Altersarmut betroffen

Arbeitsmarkt

Herausforderung familienfreundliche Arbeitswelt

Gesundheitswesen

Wie zufrieden ist Deutschland mit dem Gesundheitswesen?
Arbeiten im Gesundheitswesen
Sitzen wir uns krank?

Management

Studie zur Förderung von Kreativität und Gesundheit am Arbeitsplatz

Zukunft

Die Diversifizierung des Geldes
Nanocellulose – das neue Supermaterial?

Europa

Kommissionsvorschlag zur Reform des EU-Solidaritätsfonds



trend
informationen

für Führungskräfte der
Sozialwirtschaft

Impressum

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

die Diskussionen zu Europa und zur Europäischen Union konzentrieren sich in den letzten Jahren auf die Euro-Krise und insbesondere auf die Euro-Krisenstaaten. Dass es auf europäischer Ebene eine ganze Reihe von Entwicklungen, Entscheidungen und Rechtsetzungsprozessen gibt, die sich früher oder später auf das Leben in Deutschland – und auch auf die hiesige Sozial- und Gesundheitswirtschaft – auswirken werden, kommt im Bewusstsein vieler Menschen oft zu kurz. An dieser Stelle möchten wir Ihnen daher ein paar aktuelle Beispiele vorstellen:

Im Juli 2013 hat der Rat der Europäischen Union **länderspezifische Empfehlungen zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik** von 23 EU-Mitgliedsstaaten, darunter Deutschland, verabschiedet. Diese beziehen sich unter anderem auf die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, die in den jeweiligen nationalen Reformprogrammen dargestellt wird. In Bezug auf die öffentlichen Ausgaben für Gesundheit und Langzeitpflege stellt die interdisziplinäre Analyse der Lage in Deutschland fest, dass nur geringfügige Anstrengungen unternommen worden seien, um die Effizienz dieser Ausgaben zu verbessern. Die durchgeführten Reformen seien unzureichend, um die erwarteten Kostenanstiege in Grenzen zu halten. Hier seien verstärkte Maßnahmen nötig, beispielsweise durch eine bessere Integration der Erbringung von Pflegedienstleistungen und einen stärkeren Fokus auf Prävention und Rehabilitation sowie unabhängiges Leben.

Das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission haben sich vor der Sommerpause auf die Eckdaten für die **Reform des EU-Vergaberechts** geeinigt. Danach wird es unter anderem im Rahmen der Auftragsvergabe erleichternde Sonderregelungen („light regime“) für soziale Dienstleistungen mit einem erhöhten Schwellenwert geben. Dieser soll nun mit 750.000 Euro beziffert werden; der ursprüngliche Vorschlag sah noch einen Schwellenwert von 500.000 Euro vor. Soweit der Wert eines Auftrages für die sozialen Dienstleistungen demnach ohne Mehrwertsteuer unterhalb dieses Schwellenwertes liegt, soll er vom europäischen Vergaberecht nicht erfasst werden. Für Rettungsdienste soll eine Bereichsausnahme gelten, sodass die Notfallrettung an gemeinnützige Organisationen ohne formale EU-weite Ausschreibung vergeben werden kann. Diese wird allerdings nur für Notfalltransporte, nicht dagegen für normale Patiententransporte gelten. Die Verabschiedung des Reformpakets soll im Herbst 2013 erfolgen.

Ende Juni 2013 haben die EU-Minister für Sozialpolitik, Beschäftigung und Gesundheit eine grundsätzliche Einigung bezüglich des Richtlinienvorschlages zur **Übertragbarkeit ergänzender Rentenansprüche** erzielt. Damit steigen die Chancen, dass Unionsbürger bald den Arbeitsplatz und das Land wechseln können, ohne ihre Ansprüche auf Zusatzrenten zu verlieren. Derzeit kann der Wechsel des Jobs oder der Umzug in ein anderes Land in einigen Mitgliedstaaten zum Verlust von Zusatzrenten führen. Dies stellt ein Hindernis für die Mobilität des Einzelnen dar und behindert darüber hinaus die Funktionsweise des europäischen Arbeitsmarktes.

Ebenfalls im Juni 2013 beschloss das Europäische Parlament nach langjährigen Verhandlungen ein gemeinsames **europäisches Asylsystem**. Damit erhalten Asylbewerber künftig besseren Zugang zu Asylverfahren; diese sollen zudem fairer und rascher

erfolgen. Auch werden besonders schutzbedürftige Bewerber Unterstützung bei der Antragsstellung erhalten. Das neue gemeinsame System soll gewährleisten, dass Verfolgte nicht in Gefahrensituationen zurückgeschickt werden, und es soll Bewerbern und Personen, die unter internationalem Schutz stehen, innerhalb der EU würdige und anständige Bedingungen garantieren, z. B. eine menschenwürdige Unterkunft.

Die im Juni 2013 von Europäischem Parlament, Rat und Kommission erzielte vorläufige Einigung zur **EU-Berufsanerkennungsrichtlinie** (siehe Bericht in den „trend informationen“ 8/2013) wird Krankenpflegern und –schwestern die Anerkennung beruflicher Qualifikationen im europäischen Ausland erleichtern. Der Zugang zur Krankenpflegeausbildung bleibt auch in Zukunft nach zehn Schuljahren möglich. Der ursprüngliche Gesetzesvorschlag hatte eine Erhöhung auf 12 Schuljahre vorgesehen. Der Vorschlag war in Deutschland – unter anderem mit Blick auf den Fachkräftemangel – weitgehend auf Ablehnung gestoßen.

Für die Unterstützung der Finanzierung sozialer Projekte, Unternehmen und Organisationen werden auf europäischer Ebene seit vielen Jahren zahlreiche Förderinstrumente zur Verfügung gestellt. Diese werden mit Blick auf neue Trends weiterentwickelt. So hat der Europäische Investitionsfonds (EIF) zusammen mit privaten Investoren Mitte Mai 2013 den **Social Impact Accelerator (SIA)** gestartet, d. h. die erste paneuropäische öffentlich-private Partnerschaft für Social Impact Investing. Bei dem SIA handelt es sich um eine Pilot-Initiative, die angesichts der zunehmenden Bedeutung sozialer Unternehmen für die Förderung von sozialer Eingliederung, Beschäftigungsmöglichkeiten für Benachteiligte und Wachstum den wachsenden Kapitalbedarf für diese sozialen Unternehmen bedienen soll.

Er ist als Dachfonds konzipiert und soll mit einem Volumen von 60 Millionen Euro für Investitionen in social impact funds starten. Der SIA wird vom EIF verwaltet und wird Eigenkapitalfinanzierung für social impact funds, die strategisch soziale Unternehmen in ganz Europa adressieren, anbieten. Neben finanziellen Renditezielen sollen diese Fonds vor allem zu einem positiven gesellschaftlichen Wandel als Folge der Investitionstätigkeit beitragen. Die Einführung des SIA ist ein erster Schritt der Strategie der Europäischen Investitionsbank (EIB-Gruppe) im Impact Investing Bereich und stellt gleichzeitig im Einklang mit den übergeordneten EU-Zielen ein Instrument zur Unterstützung der sozialen Inklusion und der sozialen Unternehmen in Europa dar.

Sind Sie neugierig geworden? Möchten Sie Zugang zu weiteren Informationen über interessante Entwicklungen auf europäischer Ebene haben? Dann registrieren Sie sich einfach unter www.eufis.eu als Nutzer des EU-Fachinformationssystems (EUFIS) der Bank für Sozialwirtschaft AG! Seit Anfang September stellt die BFS dieses System allen Interessenten kostenlos zur Verfügung.

In EUFIS berichten wir regelmäßig über die sozialpolitischen Entwicklungen auf europäischer Ebene, über relevante Rechtsetzungsprozesse und über die Aktivitäten und die europäischen Positionen öffentlicher und sozialwirtschaftlicher Organisationen. Zudem haben Sie die Möglichkeit, sich umfassend über aktuelle EU-Förderprogramme und Strukturfonds, die für die Sozialwirtschaft relevant sind, zu unterrichten. Ein individuell einstellbarer Benachrichtigungsdienst ermöglicht Ihnen, sich gezielt zu Ihren Interessenschwerpunkten informieren zu lassen.

Wir wünschen Ihnen eine Gewinn bringende Recherche.

Ihre Redaktion

P. S. In unserer Rubrik **Europa** finden Sie in jeder Ausgabe der „trend informationen“ einen Beitrag zu aktuellen Entwicklungen auf europäischer Ebene.

Gesellschaft

Erste repräsentative Studie zum „Service Learning“

In der letzten Ausgabe der „trend informationen“ wurde über die Anregung berichtet, schon in der Schule Erfahrungen mit Engagement für die Gesellschaft zu ermöglichen, z. B. in Form von „Service Learning“. Unter „Service Learning“ versteht man die Verbindung bürgerschaftlichen Engagements mit Schulunterricht. Durch die Ansiedelung in der Schule entsteht für die Jugendlichen zunächst kein eigener Zeitaufwand – in Zeiten von G8 ein wichtiges Argument. Die Projekte – die Hälfte davon im sozialen Bereich, weitere im Umweltschutz, im Sport oder im Kulturbereich – sind vor allem über Arbeitsgemeinschaften und Wahlpflichtfächer im Stundenplan verankert und auf verschiedenen Wegen mit dem Unterricht verknüpft.

Nun liegen mit der „Wirkungsstudie Service Learning“ erstmals repräsentative Forschungsergebnisse zu diesem Bildungskonzept an Schulen in Deutschland vor. Dafür haben Prof. Dr. Karsten Speck, Erziehungswissenschaftler an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, und Prof. Dr. Ullrich Bauer, Soziologe an der Universität Duisburg-Essen, im Auftrag des „Aktiven Bürgerschaft e. V.“ von 2011 bis 2013 rund 2.000 Schülerinnen und Schüler der 8. und 9. Klasse aus Nordrhein-Westfalen befragt. Zudem untersuchten sie Service Learning-Projekte in qualitativen Fallstudien. Der „Aktive Bürgerschaft e. V.“ führt seit 2009 in NRW die Service Learning-Initiative „sozialgenial – Schüler engagieren sich“ der WGZ-Bank durch. Insgesamt engagierten sich darin 26.630 Schülerinnen und Schüler an 440 Schulen in 990 Projekten. Unterstützt wird „sozialgenial“ vom Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen.

Wesentliche Ergebnisse

Die Studie kommt zu folgenden wesentlichen Ergebnissen:

- Drei Viertel der Service Learning-Projekte laufen über ein ganzes Schuljahr oder länger. In mehr als der Hälfte der Projekte sind die Schülerinnen und Schüler zwei Stunden wöchentlich engagiert. Fast zwei Drittel des Engagements findet in gemeinnützigen Organisationen statt; nur jedes sechste Projekt bleibt hauptsächlich in der Schule.
- Die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler engagiert sich aus intrinsischen und altruistischen Motiven. Sie wollen etwas bewirken, Spaß haben, neue Dinge lernen und helfen. Dies sagen sechs von zehn Schülern.
- Für fast jeden dritten Schüler spielen auch berufsorientierte Gründe eine Rolle, z. B. eine Ausbildung im sozialen Bereich zu machen.
- Drei Viertel der Schülerinnen und Schüler sagen, dass sie sich freiwillig in ihrem Service Learning-Projekt engagieren.
- Mehr als zwei Drittel derjenigen, die sich beteiligt haben, begegneten zum ersten Mal dem Thema Bürgerengagement und standen ihm positiv gegenüber.
- Zwei Drittel der Schüler sagen, dass sie in ihren Projekten mitbestimmen konnten.
- Acht von zehn Schülern waren mit ihrem Service Learning-Projekt zufrieden.
- Service Learning wirkt positiv auf das Wissen über Bürgerengagement und das Projektmanagement,

auf Einstellungen zum Bürgerengagement wie Empathie und Sensibilität. Es verbessert das selbstgesteuerte Lernen und führt zu einem Anstieg der Selbstwirksamkeit bei den Schülerinnen und Schülern. Wesentlichen Einfluss auf die Wirkung von Service Learning hat die Projektqualität.

- Damit Service Learning gut gelingt, sollten vier Bedingungen erfüllt sein: Interessengleichheit der beteiligten Partner, Engagementprojekte mit realem gesellschaftlichen Bedarf, nachvollziehbare Umsetzung der Projekte mit den Schülern sowie Erfahrung von echtem Kompetenzzuwachs bei den Schülern.

Hintergrund

Service Learning gilt als ein Konzept, Lernen durch Erfahrung zu vertiefen, die Lernmotivation zu verstärken und positive Lebenserfahrungen zu ermöglichen. An Schulen findet das Konzept in Deutschland seit etwa zehn Jahren Beachtung; in den USA gehört es bereits seit den 1980er Jahren zum Schulalltag. Auch Hochschulen arbeiten zunehmend damit. Vor dem Hintergrund der positiven Erfahrungen und der wachsenden Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements für unsere Gesellschaft plädieren Fachleute für eine weitere und auch systematische Verbreitung von Service Learning in Deutschland.

Die „Wirkungsstudie Service Learning“ und weiteres Material dazu können auf der Website des Aktive Bürgerschaft e. V. [hier](#) herunter geladen werden.

Der Beitrag der Bürgergesellschaft zur sozialen Gerechtigkeit

Es gibt einen Zusammenhang zwischen der Bereitschaft zum bürgerschaftlichen Engagement und dem Gefühl, in einer sozial gerechten und teilhabeorientierten Gesellschaft zu leben. Mit dieser Erkenntnis startete die Fachtagung „Der Beitrag der Bürgergesellschaft zur sozialen Gerechtigkeit“ der Körber-Stiftung in Hamburg. Je mehr der Staat sozial zurückfährt und je kleiner die Möglichkeiten zur Mitgestaltung der Gesellschaft sind, desto geringer fällt auch die Bereitschaft der Menschen aus, sich gesellschaftlich in die Pflicht nehmen zu lassen.

Das Funktionieren der Bürgergesellschaft basiere auf Verteilungsgerechtigkeit. Das gelte nicht nur in Bezug auf materielle Güter, sondern auch z. B. mit Blick auf Bildung, Gesundheit und soziale Netzwerke. Dabei wies Andreas Lob-Hüdepohl, Ethik-Professor an der Katholischen Hochschule Berlin, auf die zentrale Bedeutung der Beteiligung der Menschen an der Aushandlung der Ressourcen hin. Dabei bedürften Interessen mit geringer politischer Durchschlagskraft professioneller Advokaten wie etwa Wohlfahrtsverbänden und sozialer Bewegungen. Für die Menschenwürde sei es wichtig, dass sich auch Menschen in prekären Lebenssituationen als Akteure verstehen können und nicht nur als Empfänger von Leistungen.

Vorrangige Aufgabe der so genannten „Sozialinnovatoren“ sei es, Impulsgeber für die Lösung gesellschaftlicher Probleme zu sein, und weniger, kompensatorisch für den Sozialstaat zu wirken. Das betonte Rose Volz-Schmidt, Gründerin der Wellcome gGmbH.

Ihre Idee: einen Wettbewerb um die besten Ideen zur Überwindung sozialer Probleme auszuschreiben und alle Mitglieder der Gesellschaft zur Teilnahme zu ermuntern.

Grundlage für bürgerschaftliches Engagement sei allerdings nicht nur Partizipation, sondern auch eine vernünftige finanzielle Grundlage für die Aktivitäten der Bürgergesellschaft. „Woher soll eigentlich das Geld für all die Nachbarschaftscafés, Vereine und Initiativen kommen?“ brachte es Volz-Schmidt auf den Punkt. Gefordert wurde nicht nur eine Umverteilung im sozialen Sektor und eine Überprüfung der Förderstrukturen und -bedingungen, sondern – nach der Energiewende – eine „Sozialwende“. Dazu gehören auch offenere Fördertöpfe und eine Lockerung des Regelwerks für die Geldvergabe. Kritik gab es insbesondere an intransparenten Behördenstrukturen, die die Finanzierung von Projekten erschwere und zu oft von Einzelpersonen und Zufällen abhängig mache.

Nicht nur Behörden, sondern Menschen auf allen Ebenen müssten sich mit den Lebensrealitäten benachteiligter Bevölkerungsgruppen auseinandersetzen und Vorurteile abbauen. Dass man die Kluft zwischen Behörden und Projekten mit Hilfe der Politik strategisch angehen kann, davon zeigte sich Andrea Hankeln, Referatsleiterin im Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport in NRW, überzeugt. „Der Staat sollte vor allem an den Rahmenbedingungen arbeiten, alles Weitere spielt sich vor Ort ab.“ Sie verwies außerdem darauf, dass man nicht immer auf Innovation fokussieren sollte, sondern auch auf Projekte, die sich bewährt haben.

Einig waren sich alle Beteiligten der Fachtagung, dass es einer Konzentration der Bemühungen und Bündnispartner bedarf, wenn der Wandel gelingen soll.

Den Tagungsbericht, einen Audiomitschnitt und Fotos können Sie auf der [Website der Körber-Stiftung](#) downloaden.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist Glück

Wie ist es um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland bestellt? Diese Frage wird oft negativ beantwortet. So bejahten im Jahr 2011 in einer repräsentativen Umfrage rund drei Viertel der Befragten die Aussage, dass die Gesellschaft immer weiter auseinanderfällt. Empirische Ergebnisse zu dieser Thematik sind bisher aber kaum vorhanden. Ein wenig Licht ins Dunkel bringt die kürzlich erschienene Studie „Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt“, welche von den Forschern Georgi Dragolov, Zsófia Ignác, Jan Lorenz, Jan Delhey und Klaus Boehnke von der Jacobs University im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung erstellt wurde.

Anhand eines konstruierten Gesamtindex, der aus neun Dimensionen besteht, wurde der Zustand des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu verschiedenen Zeitpunkten empirisch und quantitativ gemessen sowie für 34 Länder vergleichbar gemacht. Als messbare Dimensionen wurden die Aspekte Existenz und Ausprägung von sozialen Netzen, Vertrauen in Mitmenschen, Akzeptanz von Diversität, Identifikation mit dem eigenen Land, Vertrauen in Institutionen, Gerechtigkeitsempfinden, Solidarität und Hilfsbereitschaft, Anerkennung sozialer Regeln sowie gesellschaftliche Teilhabe berücksichtigt. Die wesentlichen Ergebnisse der

Studie lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Höchster gesellschaftlicher Zusammenhalt in den skandinavischen Ländern

Aggregiert nach Ländergruppen zeigt sich ein recht eindeutiges Bild. Ein hoher gesellschaftlicher Zusammenhalt ist in den skandinavischen Ländern festzustellen. Ebenfalls hohe Werte weisen die klassischen Einwanderungsländer Nordamerika und Ozeanien sowie die kleinen, wohlhabenden westeuropäischen Länder auf. Schwach ist der Zusammenhalt in den baltischen Staaten und den südosteuropäischen Ländern. Deutschland rangiert beim Ländervergleich aktuell im oberen Mittelfeld.

Zu beachten ist, dass in einem Land nicht notwendigerweise alle untersuchten Aspekte von Zusammenhalt gleich stark ausgeprägt sein müssen. So liegt beispielsweise Deutschland bei der Dimension „Anerkennung sozialer Regeln“ in der Spitzengruppe, während die Identifikation mit dem eigenen Land eher schwach ausfällt. Einen Anlass zur Sorge sehen die Autoren in der abnehmenden Akzeptanz von Vielfalt bzw. der Bereitschaft, sich auf Menschen mit anderem kulturellen Hintergrund oder anderem Lebensentwurf einzulassen, da diese in modernen Gesellschaften ein wichtiger Aspekt für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sei.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt als Merkmal von Gesellschaften

Bei der Betrachtung der Entwicklung in den letzten 25 Jahren zeigt sich, dass das Ausmaß des gesellschaftlichen Zusammenhalts ein sehr beständiges Merkmal ist. Dramatische Veränderungen in den einzelnen Ländern sind im Zeitverlauf nicht festzustellen. Einzige Ausnahme stellt das Vertrauen in Institutionen dar, da sich der Ruf von Finanzinstitutionen in den letzten Jahren merklich verschlechtert hat.

Deutschland weist seit 2008 insgesamt eine aufsteigende Tendenz auf. Bedingt ist diese Entwicklung insbesondere durch eine größere Verfügbarkeit und höhere Belastbarkeit sozialer Netze. Zudem gab es beim Vertrauen in Mitmenschen, beim Vertrauen in Institutionen sowie beim Gerechtigkeitsempfinden leichte Verbesserungen. Nach Ansicht der Experten könnte diese Entwicklung im Zusammenhang mit dem guten wirtschaftlichen Abschneiden Deutschlands in den letzten Jahren trotz Finanz- und Eurokrise stehen. Demgegenüber ist in den Dimensionen Solidarität und Hilfsbereitschaft im Zeitverlauf ein leichter Abwärtstrend zu konstatieren.

Förderliche Merkmale für gesellschaftlichen Zusammenhalt

Bei der Untersuchung möglicher Determinanten des gesellschaftlichen Zusammenhalts zeigt sich, dass sozioökonomische, technisch-strukturelle und religiöse Merkmale eines Landes einen bedeutend größeren Einfluss haben als Einwanderung und ethnische Heterogenität. Als besonders förderlich haben sich vor allen Dingen der Wohlstand, eine ausgeglichene Einkommensverteilung und der Aspekt des technologischen Fortschritts hin zur Wissensgesellschaft herausgestellt.

Die häufig verbreitete Meinung, dass Zuwanderung den Zusammenhalt bedroht, hat sich nach den Ergebnissen der Studie nicht bestätigt. Eines aber zeigen die Zahlen der Studie eindeutig: In Ländern, in denen der Zusammenhalt stark ist, bewerten die Menschen ihr eigenes Leben viel positiver als andernorts – woraus die Autoren den nicht ganz wissenschaftlich formulierten Schluss ziehen: "Zusammenhalt ist Glück."

Die Studie „Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt – Gesellschaftlicher Zusammenhalt im internationalen Vergleich“ (77 S; Bertelsmann Stiftung) steht [hier zum Download](#) bereit.

Akzeptanz als strategischer Erfolgsfaktor

„Akzeptanz wird zunehmend zum Erfolgsfaktor für die Realisierung von Projekten in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft.“ Zu diesem Schluss kommen Uwe Hitschfeld und Harald Lachmann in der vom Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung publizierten Analyse „Akzeptanz als strategischer Erfolgsfaktor“. Parteien, Behörden und Unternehmen seien gefordert, sich zügig darauf einzustellen, dass das Verlangen nach Partizipation – d. h. Information, Transparenz und Mitbestimmung – immer größer werde. Als Konsequenz daraus müssten Bürgerinnen und Bürger nicht nur neue Möglichkeiten der Partizipation erhalten, sondern auch befähigt werden, diese Möglichkeiten wahrzunehmen und auszufüllen. Die Autoren konstatieren, dass mit der Akzeptanzdebatte ein umfassender Wertewandel einhergehe, der fast alle Bereiche der Gesellschaft einschließe. Infolgedessen gehe es auch um eine Neujustierung der Stellung eines Unternehmens in seinem gesellschaftlichen Umfeld. „Transparenz und Projektkommunikation gegenüber relevanten Bürgergruppen werden zu einer Bringschuld der Aufgabenträger“, schließen Hitschfeld und Lachmann.

Basis der Analyse war eine Reihe von Podiumsdiskussionen zu der Frage, wie Akzeptanz unsere Gesellschaft beeinflusst. Dabei wurde die Rolle der Parteien ebenso thematisiert wie die politischen Partizipationsmöglichkeiten und die Rolle der Medien bei der politischen Meinungsbildung. Anlass dafür war unter anderem die Feststellung, dass es einen bedenklichen Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger gegenüber Akteuren aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft gibt. Ein Zeichen dafür ist, dass Projekte, die allen formalen Ansprüchen gerecht werden, am leidenschaftlichen Protest von Bürgerinnen und Bürgern scheitern. „Neben der Legalität, die durch formale Prozesse und Einrichtungen erreicht wird, wird eine Legitimation immer wichtiger, die erst durch gesellschaftliche Akzeptanz eintritt“, so die Autoren. Konkret: Die Bürgerinnen und Bürger wollen zunehmend darüber mitentscheiden, wie ihr Umfeld gestaltet wird. Das gilt für Infrastrukturprojekte ebenso wie für Projekte in Unternehmen.

Basis der Akzeptanz ist gestört

Als Basis für Akzeptanz definieren Hitschfeld und Lachmann die Kategorien „Transparenz, öffentliches Vertrauen und Partizipation“. Das Zusammenspiel dieser Kategorien sei jedoch aus verschiedenen Gründen erheblich gestört. Eine zunehmende Komplexität gesellschaftlicher Prozesse spiele dabei ebenso eine Rolle wie einer veränderte Form der politischen Kommunikation. Verunsicherung und Irritation der Bürger sei ebenso eine Folge davon wie deren Forderung, an Entscheidungsprozessen selbst teilhaben zu wollen. Diese Entwicklung korrespondiere mit einem Zeitgeist, der die traditionelle Rolle von Parteien und anderen

korporativen Akteuren (z. B. Gewerkschaften, Kirchen) auf den Prüfstand stellt. Die Partizipationskultur durchlaufe eine zunehmende Professionalisierung. Bürgerbewegungen werden von Dauer sein. Darauf müssten sich die etablierten Parteien einstellen.

Möglich sei dies aus Sicht der Parteien durch das Zulassen von mehr plebiszitären Elementen und durch eine stärkere politische Bildung im Sinne einer Befähigung zu nachhaltig-praktischem politischem Agieren. Hier bestünden derzeit noch Defizite. Ein Weg sei es, potenziell Betroffene frühzeitig und partnerschaftlich in die Planungen mit einzubeziehen und so um Vertrauen, Verständnis und Akzeptanz zu werben. Alibi-Abfragen der Bürgermeinung seien dabei kontraproduktiv.

Dabei sei zu beachten, dass eine Bürgerteilhabe offenbar noch wenig Tradition in Deutschland hat. Die wachsenden Akzeptanzprobleme belegen aus Sicht der Autoren auf der einen Seite „einen offenbar verkümmerten Respekt bei vielen Entscheidern gegenüber den Befindlichkeiten unmittelbar Betroffener und andererseits Defizite in der Streitkultur. Hierzu müssen auf beiden Seiten neue Formen und Methoden erprobt und entwickelt werden.“

Die Analyse „Akzeptanz als strategischer Erfolgsfaktor“ von Uwe Hitschfeld und Harald Lachmann kann auf der Website <http://www.managerkreis.de/mediathek/> abgerufen werden.

Bildung

Chancengerechtigkeit in der Bildung verbessert sich nur langsam

Die Chancengerechtigkeit bleibt die Kernherausforderung der deutschen Schulsysteme – auch wenn es im Vergleich zum Schuljahr 2009/10 positive Tendenzen gibt. Das zeigt der „Chancenspiegel 2013“ der Bertelsmann Stiftung und der Universitäten Dortmund und Jena. Demnach verlassen weniger junge Menschen die Schule ohne Abschluss. Allerdings ist schon in der Grundschule der Bildungserfolg stark von der sozialen Herkunft abhängig. Auch die Durchlässigkeit hat sich nur minimal erhöht: Nach wie vor steigen deutlich mehr Schüler eine Schulform ab als auf.

Die Studie stellt fest, dass es mit der Chancengerechtigkeit eher im Schnecken tempo vorangeht. Ein Grund sei darin zu finden, dass der Ausbau von Ganztagschulen nur schleppend geschieht und die Bedeutung von Förderschulen trotz der Bemühungen um mehr Inklusion kaum nachlässt. Auch seien Fortschritte bei der Chancengleichheit nicht zuletzt eine Frage von Investitionen in Bildung. Für umfassende Reformen wie den Ausbau von Kitas und Ganztagschulen, Lehrerbildung oder Inklusion fehle den Ländern jedoch oft das Geld.

Der „Chancenspiegel“ hatte im vergangenen Jahr – zehn Jahre nach der ersten Pisa-Studie – erstmals für jedes Bundesland analysiert, wie gerecht und wie leistungsstark das jeweilige Schulsystem ist. In diesem Jahr wird dokumentiert, wie sich seit dem Schuljahr 2009/10 die Chancen von Schülern verändert haben, soziale Nachteile zu überwinden und ihr Leistungspotenzial auszuschöpfen. Das analysiert der „Chancenspiegel 2013“ in vier Dimensionen: Integrationskraft, Durchlässigkeit, Kompetenzförderung und Zertifikatsvergabe.

Sinkender Anteil von Schulabbrechern

Den stärksten Positiv-Trend verzeichnet Deutschland bei den Schulabschlüssen. Der Anteil der Schulabbrecher sank um mehr als ein Zehntel von 6,9 auf 6,2 Prozent. Zugleich stieg der Anteil der Schulabgänger mit Hochschulreife auf ein Rekordhoch – mehr als jeder Zweite (51,1 Prozent) erwirbt inzwischen einen Schulabschluss, der zur Aufnahme eines Studiums berechtigt. Stagnation hingegen herrscht beim Kompetenzerwerb: Das Leseverständnis der Grundschüler bewegt sich auf nahezu demselben Niveau wie vor zehn

Jahren, und es ist weiterhin stark abhängig von der sozialen Herkunft; damals wie heute liegen die Kinder aus niedrigen Sozialschichten bei der Lesekompetenz durchschnittlich um ein Jahr zurück.

Wenig Veränderung gibt es auch bei der Durchlässigkeit der Schulsysteme. Auf einen Wechsel von einer niedrigeren auf eine höhere Schulart in der Mittelstufe kommen 4,2 Wechsel in umgekehrter Richtung. Zwei Jahre zuvor betrug das Verhältnis zwischen Auf- und Abstieg 1 zu 4,3. Etwas deutlicher verringerte sich die Zahl der Klassenwiederholungen: 2010 blieben in der Sekundarstufe noch 2,9 Prozent der Schüler sitzen, zwei Jahre später waren es 2,7 Prozent.

"Entscheidend für mehr Chancengerechtigkeit sind die Qualität des Unterrichts und die individuelle Förderung aller Schüler, aber

gute Rahmenbedingungen können das natürlich begünstigen", so Professor Wilfried Bos, Direktor des Instituts für Schulentwicklungsforschung an der TU Dortmund. Hoffnungen setzen Bildungsforscher vor allem in die Ganztagschule – eine Schulform, die nach aktuellen Umfragen zwischen 70 und 80 Prozent der Eltern favorisieren (Infratest 2011, Emnid 2012).

Zu geringe Fortschritte beim Ausbau von Ganztagschulen

Damit verglichen macht der Ausbau von Ganztagsangeboten jedoch nur geringe Fortschritte. Der Anteil der Schüler im Ganztagsbetrieb stieg zwischen den Schuljahren 2009/10 und 2010/11 nur von 26,9 auf 28,1 Prozent; lediglich knapp 13 Prozent aller Schüler besuchen gebundene, also für alle Schüler verpflichtende Ganztagschulen. "Wenn sich der Ausbau der Ganztagschulen nicht beschleunigt, dauert es noch mehr als 50 Jahre, bis für alle Kinder genug Plätze vorhanden sind. Dabei bietet gerade die gebundene Ganztagschule gute Möglichkeiten, den Einfluss der sozialen Herkunft zu verringern", schließt Jörg Dräger, Vorstand der Bertelsmann Stiftung.

Auch bei der Inklusion zeigt sich im Chancenspiegel ein gemischtes Bild: Zwar besucht jedes vierte Förderkind mittlerweile eine reguläre Schule, die Bedeutung der Förderschulen verringert sich aber nur langsam: Der Anteil der Schüler, die separat auf gesonderten Schulen unterrichtet werden, sank seit dem Schuljahr 2009/10 nur geringfügig von 5,0 auf 4,8 Prozent.

Durchgängiger Nachholbedarf in allen Bundesländern

Der Ländervergleich im Chancenspiegel zeigt, dass innerhalb von Deutschland die Unterschiede in allen vier untersuchten Dimensionen äußerst stark ausgeprägt sind. Kein Land allerdings ist überall Spitze oder überall Schlusslicht. Professor Wilfried Bos, Direktor des Instituts für Schulentwicklungsforschung an der TU Dortmund: "Die Bundesländer haben jeweils Stärken und Schwächen, alle haben Nachholbedarf."

Das Ausmaß der Unterschiede verdeutlichen einige Beispiele: In Mecklenburg-Vorpommern ist der Anteil der Schulabbrecher mit 13,3 Prozent fast dreimal so hoch wie im Saarland (4,8 Prozent). In Sachsen ist der Abstand zwischen Schülern oberer und unterer Sozialschichten nur etwa halb so groß wie in Bayern. Und während in Brandenburg auf einen Aufwärtswechsel lediglich 1,8 Abwärtswechsel kommen, liegt das Verhältnis in Bremen bei 1 zu 9,8. Starke Unterschiede gibt es auch beim Hochschulzugang: In Nordrhein-Westfalen erreichen 59,1 Prozent die Berechtigung zu studieren, in Sachsen-Anhalt nicht einmal 37 Prozent.

Herausgeber des „Chancenspiegel 2013“ sind die Bertelsmann Stiftung, das Institut für Schulentwicklungsforschung (IFS) der Technischen Universität Dortmund und das Institut für Erziehungswissenschaft (IfE) der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Alle Informationen sind übersichtlich und grafisch aufbereitet unter www.chancen-spiegel.de abrufbar.

Demographie

Ausländische Senioren in Deutschland stark von Altersarmut betroffen

Vier von zehn Ausländern im Rentenalter sind in Deutschland von Armut bedroht. Damit ist die Altersarmut unter älteren Ausländern, die oft als so genannte Gastarbeiter kamen, mehr als dreimal so hoch wie unter Deutschen über 65 Jahren. Grundsicherung im Alter, eine besondere Form der Sozialhilfe, müssen ausländische Senioren wegen sehr niedriger Renten sogar etwa sechs Mal so häufig in Anspruch nehmen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung von Dr. Eric Seils, Sozialexperte des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung.

2011 bezogen 13,3 Prozent aller Senioren in der Bundesrepublik ein monatliches Einkommen unter 848 Euro, so die aktuellsten verfügbaren Daten aus dem Mikrozensus. 848 Euro entsprechen 60 Prozent des bedarfsgewichteten mittleren Einkommens. Wer als Alleinstehender weniger hat, gilt nach gängiger Definition als "armutsgefährdet". In der Gesamtbevölkerung traf das auf 15,1 Prozent der Menschen zu.

Wachsende Zahl von Ausländern mit Niedrigrenten

Allerdings verdecken die relativ niedrigen Durchschnittswerte bei den Älteren nach Seils' Analyse, dass es schon heute Gruppen mit einem sehr hohen Risiko der Altersarmut gibt. Vierzig Jahre nach dem Beginn des Anwerbstopps gelte dies insbesondere für die damaligen Gastarbeiter, die oft wenig verdienten und stark von Arbeitslosigkeit betroffen waren. So waren 2011 in Deutschland 41,5 Prozent der Ausländer über 65 Jahren von Altersarmut bedroht, 12,7 Prozent bezogen Grundsicherung. Unter den Senioren mit deutscher Staatsangehörigkeit waren nur 2,1 Prozent darauf angewiesen.

Im Vergleich zu den Vorjahren ist das Armutsrisiko unter den älteren Ausländern um knapp drei Prozentpunkte angestiegen. Da parallel immer mehr Migranten das Rentenalter erreichten, wuchs die absolute Zahl der armutsgefährdeten Ausländer über 65 weitaus stärker: seit 2005 von 171.000 auf 268.000. Und die Aussichten verdüstern sich nach Seils' Analyse noch weiter: Männliche ausländische Bestandsrentner erhielten 2011 monatlich im Durchschnitt 811 Euro aus der Rentenkasse. Neurentner bekamen hingegen im Mittel nur 623 Euro - ein Einkommen unterhalb der Schwelle für die Grundsicherung, die bei 698 Euro liegt. Noch weitaus niedriger waren die Renten ausländischer Frauen, und auch bei ihnen mit sinkender Tendenz. "Nach einem Leben voller Arbeit droht den ehemaligen Gastarbeitern die Altersarmut", resümiert Seils.

Ältere Ausländer dürften künftig jedoch nicht die einzigen sein, denn zwischen 2006 und 2011 ist die Armutsgefährdungsquote unter Senioren deutlich stärker gestiegen als bei Jüngeren - um 2,9 Prozentpunkte. Und die durchschnittlichen Rentenansprüche der Neurentner sinken immer weiter unter das Niveau der Bestandsrentner, die schon länger im Ruhestand sind. Sozialforscher Seils befürchtet daher eine "Rückkehr der Altersarmut".

Regionale Verteilung von Altersarmut in Deutschland

Die Untersuchung liefert auch aktuelle Daten zur regionalen Verteilung von Altersarmut in Deutschland. So waren 2011 in Hamburg und Berlin rund 10 Prozent der Senioren von Armut bedroht. Dagegen liegt der Wert im Saarland, in Bayern und Rheinland-Pfalz bei 16 Prozent und mehr. Den überraschend hohen Wert im wohlhabenden Freistaat erklärt Seils mit der jüngeren Wirtschaftsgeschichte: Als die heutigen Rentner im Erwerbsleben standen, zählte Bayern noch zu den ärmeren, stark ländlich geprägten Bundesländern.

Historisch bedingt sind auch die meist unterdurchschnittlichen Armutsquoten in Ostdeutschland: Wer vollständig oder überwiegend zu DDR-Zeiten berufstätig war, hat meist eine Erwerbsbiographie ohne größere Lücken und einen relativ hohen gesetzlichen Rentenanspruch. Allerdings zeichne sich insbesondere bei ostdeutschen Männern eine "Wende zur Armut" ab, so Seils: Seit dem Jahr 2000 sanken die Neurenten sehr stark. Grund: Die jüngeren Ruheständler waren oft von der Massenarbeitslosigkeit nach der deutschen Vereinigung betroffen.

Der Beitrag „Armut im Alter - aktuelle Daten und Entwicklungen“ von Eric Seils ist erschienen in den WSI-Mitteilungen 5/2013. Zudem hat die Böckler-Stiftung ein Schwerpunktheft mit dem Titel "Altern in der Arbeitsgesellschaft" veröffentlicht. Nähere Informationen finden Sie [hier](#). Zum Thema „Mehr Altersarmut ohne deutschen Pass“ steht [hier](#) eine Infografik zum Download bereit.

Arbeitsmarkt

Herausforderung familienfreundliche Arbeitswelt

Für die Bundesbürger gehört es zwar zu den wichtigsten familienpolitischen Aufgaben des Staates, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Dennoch sehen die meisten auch die Unternehmen in der (Mit)Verantwortung. Aus Sicht der Bevölkerung sollten sie vor allem die Arbeitszeiten flexibler gestalten, damit familiäre Belange und berufliche Pflichten besser aufeinander abgestimmt werden können. Der Vereinbarkeit von Familie und Beruf räumen sowohl Personen mit als auch ohne Kinder das gleiche Gewicht ein wie der Entgelthöhe. Die Erwartungshaltung der Beschäftigten an die Unternehmen hinsichtlich der Realisierung ihrer Arbeitszeitwünsche und der Familienfreundlichkeit von Unternehmen ist in den letzten Jahren gestiegen. Die wachsenden Ansprüche der Arbeitnehmer sollten vor dem Hintergrund der künftigen Engpässe im Bereich Fachkräfte nicht unterschätzt werden. Das berichten Sabine Flüch und Oliver Stettes in der Vierteljahresschrift „IW-Trends“ des Instituts der deutschen Wirtschaft.

Familienfreundlichkeit als Vorteil für Unternehmen

Schon im Jahr 2009 sei die Rekrutierung und Bindung von qualifizierten Beschäftigten das von Unternehmen am häufigsten genannte Motiv für die Einführung familienfreundlicher Maßnahmen gewesen, so die Autoren. Auch das Bewusstsein der Unternehmen dafür, dass sie mit einer aktiven Dokumentation ihres Engagements ihre Attraktivität als Arbeitgeber stärken können, sei vorhanden.

Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit 2013

Vor diesem Hintergrund habe das Institut der Deutschen Wirtschaft im Jahr 2012 zum vierten Mal (nach 2003, 2006 und 2009) Geschäftsführer und Personalverantwortliche von rund 1.500 Unternehmen in Deutschland im Rahmen einer repräsentativen Online-Erhebung befragt, welche Bedeutung sie dem Thema Familienfreundlichkeit beimessen und mit welchen Maßnahmen sie diese fördern. Die Erhebung wurde für den „Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit 2013“ im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durchgeführt.

Insgesamt kommt die Befragung zu dem Ergebnis, dass nur 30 Prozent der Unternehmen eine ausgesprochen familienfreundliche Einstellung zugeschrieben werden kann. Drei Jahre zuvor lag der Wert noch bei 37 Prozent. Definiert wird dies vom IW wie folgt: „Die Kultur eines Unternehmens kann als ausgeprägt familienfreundlich charakterisiert werden, wenn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine Selbstverständlichkeit ist und Mitarbeiter mit und ohne Familienpflichten die gleichen Karrierechancen aufweisen.“

Zusammenhänge zwischen innerbetrieblichen Strukturen und einer familienfreundlichen Unternehmenskultur sind auf verschiedenen Ebenen darstellbar: Für Familienfreundlichkeit spricht ein höherer Anteil von Frauen bei den Beschäftigten insgesamt und unter den Führungskräften, ein höherer Anteil hochqualifizierter Beschäftigter (abgeschlossenes Studium, Meister, Techniker etc.) und eine teilzeitfreundliche Organisation der Arbeitsprozesse. Schwieriger wird eine familienfreundliche Kultur für

Unternehmen, in denen viele Beschäftigte im Unternehmen oder anderen Orten (beim Kunden, auf einer Baustelle etc.) anwesend sein müssen.

Obwohl Unternehmen mit einer ausgeprägt familienfreundlichen Kultur die Bedeutung des Themas „Familienfreundlichkeit“ signifikant höher einschätzen als weniger familienfreundlich ausgerichtete Betriebe, vertreten knapp 38 Prozent der Unternehmen die Auffassung, dass die Bedeutung der „Familienfreundlichkeit“ in den nächsten fünf Jahren weitere zunehmen wird.

Personalpolitische Maßnahmen

Eine überragende Stellung bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf nehmen nach den Ergebnissen der Umfrage – wenig überraschend – flexible Arbeitszeitmodelle ein. Besonders verbreitet seien (mit 84 Prozent) Teilzeitmodelle und (mit knapp 75 Prozent) individuell ausgestaltete Arbeitszeitarrangements. Flexible Tages- und Wochenarbeitszeiten (zwei Drittel) und Vertrauensarbeitszeit (gut 50 Prozent) seien ebenfalls üblich. „Telearbeit, Langzeitkonten, Sabbaticals und Job-Sharing-Modelle zählen nur bei relativ wenigen Unternehmen zum personalpolitischen Instrumentarium“, so das Fazit der Autoren.

Im Vordergrund einer Förderung von Beschäftigten während und nach der Elternzeit behielten 78 Prozent der Unternehmen bei der Planung und Organisation der Arbeitsprozesse die Verpflichtungen und Bedürfnisse der Mitarbeiter mit Kindern; 63,3 Prozent eröffneten den Beschäftigten die Möglichkeit, während der Elternzeit in Teilzeit oder phasenweise zu arbeiten. Knapp 30 Prozent der Unternehmen hätten spezielle Maßnahmen eingeführt, mit deren Hilfe Rückkehrer nach der Elternzeit zügig und effektiv wieder eingegliedert werden können. Alle anderen Maßnahmen (z. B. Paten- und Weiterbildungsprogramme) hätten eine untergeordnete Bedeutung.

Relativ wenige Unternehmen seien in den Handlungsfeldern „Kinder- und Angehörigenbetreuung“ und „Familienservice“ aktiv. Eine Ausnahme seien Krankheitsfälle, insbesondere von Kindern. Keine besondere Rolle spiele auch, ob ein Unternehmen von Frauen geführt wird oder nicht.

Zahlt sich familienfreundliches Engagement aus?

Bisher unbeantwortet sei die Frage, ob sich eine familienfreundliche Personalpolitik für die Unternehmen auszahlt. Positive Zusammenhänge würden zwar an vielen Stellen bereits aufgezeigt, z. B. gebe es bessere betriebswirtschaftliche Kennzahlen oder eine niedrigere Fluktuation. Auf der anderen Seite legten empirische Studien nahe, dass kein signifikanter Zusammenhang mehr zwischen Unternehmenserfolg und familienbewusstem Engagement nachweisbar ist, wenn unterschiedlichste Strukturmerkmale berücksichtigt werden. Dennoch verbänden die meisten Unternehmen – nicht nur in Deutschland – mit der Einführung familienfreundlicher Maßnahmen positive Geschäftserwartungen. Diese betreffen die Entwicklung bei Umsätzen und Auftragsbestand ebenso wie die Beschäftigtenentwicklung und Ertrags Erwartungen.

Zwar signalisiere der „Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit 2013“, dass Unternehmen mit einem großen familienbewussten Engagement in der Personalpolitik auch die erfolgreicher sind. Ob die Familienfreundlichkeit jedoch die

Ursache für den Erfolg ist oder ob nicht vielmehr erfolgreiche Unternehmen mehr Spielräume für familienfreundliche Maßnahmen haben, sei noch ungeklärt.

In ihrem Ausblick ziehen die Autoren das Fazit, dass vieles für die These spreche, „dass die Managementqualität maßgebend für den unternehmerischen Erfolg ist und Betriebe mit einer hohen Führungsqualität ihre Personalpolitik signifikant häufiger familienbewusst ausrichten. Dies impliziert vor allem, dass Unternehmen bei der Entwicklung ihrer personalpolitischen Strategien einem ganzheitlichen Ansatz folgen sollten. Dies würde nicht nur die Qualität der Unternehmensführung erhöhen, sondern zugleich auch dem Thema Familienfreundlichkeit auf die personalpolitische Agenda helfen. Dies gilt umso mehr, weil dessen Bedeutung aus Sicht der Betriebe in Zukunft sogar tendenziell zunehmen wird.“

Das Gutachten „Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit 2013“ im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert kann auf der [Website des Instituts der Deutschen Wirtschaft](#) heruntergeladen werden.

Gesundheitswesen

Wie zufrieden ist Deutschland mit dem Gesundheitswesen?

In Sachsen-Anhalt ist die Zufriedenheit mit dem deutschen Gesundheitswesen unter allen Bundesländern am größten. Dies ergab eine repräsentative Umfrage des Continentale Versicherungsverbundes in Zusammenarbeit mit TNS Infratest, die unter bundesweit 2.518 Bürgern ab 18 Jahren stattfand. Gefragt wurde nach der Zufriedenheit mit der Versorgung durch das Gesundheitswesen hinsichtlich Preis und Leistung. Hinter Sachsen-Anhalt liegt Mecklenburg-Vorpommern auf Rang 2, gefolgt von Bremen auf Rang 3. Auf den letzten Rängen befinden sich Hessen auf Rang 15 und Niedersachsen auf Rang 16.

Hohe Zufriedenheit im Osten

Die Zufriedenheit für das Bundesländer-Ranking ist mithilfe einer Skala von -100 (völlige Unzufriedenheit) bis +100 (völlige Zufriedenheit) ermittelt worden. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 13,4 Punkten. Spitzenreiter mit fast doppelt so hohem Ergebnis ist Sachsen-Anhalt mit 25,1 Punkten, gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern mit 23,3 und Bremen mit 19,8 Punkten. Mit Sachsen auf Rang 4 und Brandenburg auf Rang 5 gehen daher vier der ersten fünf Ränge an Bundesländer im Osten Deutschlands. Berlin allerdings belegt mit 14,4 Punkten nur Rang 9.

Die bevölkerungsreichsten Länder Bayern mit 13,2 Punkten (Rang 12) und Nordrhein-Westfalen mit 12,4 Punkten (Rang 13) liegen unter dem Durchschnitt. Es folgen Baden-Württemberg und Hessen. Das schlechteste Ergebnis weist Niedersachsen mit 8,2 Punkten auf.

Größere Zufriedenheit bei der Leistung als beim Preis

Insgesamt sind die Deutschen mit den Leistungen des Gesundheitswesens zufriedener als mit dem Preis, den sie dafür bezahlen, z. B. über Krankenkassenbeiträge und Zuzahlungen. Mit den Leistungen sind 71 Prozent zufrieden, mit dem Preis 61 Prozent. Die größte Zufriedenheit mit der Leistung findet man in Mecklenburg-Vorpommern mit 83 Prozent (niedrigster Wert: 66 Prozent in Hessen), die größte Zufriedenheit mit dem Preis in Sachsen-Anhalt mit 72 Prozent (niedrigster Wert: 54 Prozent in Baden-Württemberg).

Die Ergebnisse für die einzelnen Bundesländer sowie Infografiken dazu finden sich unter www.continentale.de/bl-ranking.

Arbeiten im Gesundheitswesen

Die Vielzahl der Berufe im Gesundheitssektor ist kaum noch überschaubar. Angesichts zahlreicher neuer Bildungsangebote, Spezialqualifikationen und erweiterter Kompetenzprofile droht die Patientenorientierung auf der Strecke zu bleiben. „Eine strategische Berufsbildungspolitik für die Gesundheitsberufe, systematisch verknüpft mit einer menschengerechten Arbeitsgestaltung, steht seit langem aus!“. Das zeigen Christoph Bräutigam, Michaela Evans und PD Dr. Josef Hilbert in einer aktuellen Untersuchung des Instituts Arbeit und Technik (IAT /Westfälische Hochschule) für die Friedrich-Ebert-Stiftung.

In ihrer Expertise betrachten die IAT-Wissenschaftler vom Forschungsschwerpunkt „Gesundheitswirtschaft und Lebensqualität“ Berufsbilder im Gesundheitssektor und suchen nach Wegen „vom Berufebasteln zur strategischen Berufsbildungspolitik“. Denn die Gesundheitsberufe stehen offenbar in einem Spannungsfeld unterschiedlichster Interessen: Das Management möchte gerne Effizienzreserven heben und entwickelt vielfältige Tätigkeitsprofile mit oft engen Spezialisierungen, die schnelle Kompetenz zu niedrigen Löhnen versprechen. Vertreter der Berufsgruppen setzen auf neue Aufgaben und autonomere Arbeit, um mehr Ansehen und bessere Bezahlung durchzusetzen. Auch Hochschulen und andere Bildungsträger bieten innovative Qualifikationen an, vor allem, wenn damit eine gute Auslastung zu erwarten ist.

Die zunehmende Akademisierung vieler nicht-ärztlicher Heilberufe gilt als sinnvoll und alternativlos. Unsicherheit bereitet allerdings, dass für die betroffenen Studierenden wie für die Gesundheitsanbieter auf absehbare Zeit unklar sein wird, auf welche Stellen, mit welchen Befugnissen und zu welchen Bedingungen gearbeitet werden soll. „Insgesamt findet in der Welt der Krankenhäuser eine dynamische Erneuerung der Berufsbilder statt, die weder in ihrer Ausrichtung noch mit Blick auf die zu erwartenden Ergebnisse strategisch fundiert ist“, zeigt die Studie.

Die IAT-Forscher plädieren deshalb für einen „Berufsbildungsbericht Gesundheitswirtschaft“. Er soll eine empirisch fundierte Berichterstattung zur Lage und zur Entwicklung von Qualifikationen, Tätigkeiten und Arbeitsroutinen enthalten sowie ein wissenschaftliches Trendmonitoring über innovative Gestaltungsmöglichkeiten. Der Gestaltungsdialog in und mit der Praxis soll ausgebaut werden, um das dort vorhandene Wissen abzuholen und um innovative Gestaltungsansätze auf Praxistauglichkeit zu prüfen.

Die Studie „Berufsbilder im Gesundheitssektor: vom ‘Berufebasteln’ zur strategischen Berufsbildungspolitik“ von Christoph Bräutigam, Michaela Evans und Josef Hilbert (Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung) ist als WISO-Diskurs. ISBN 978-3-86498-528-7 bei der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2013 erschienen, steht [hier](#) als pdf zum Download bereit.

Sitzen wir uns krank?

Durchschnittlich sieben Stunden verbringt der erwachsene Deutsche jeden Tag im Sitzen. Sitzen am Frühstückstisch, in der Bahn, im Büro und am Abend noch einmal etwa drei Stunden vor Fernseher oder Internet. Diese häufige Lebensform wird kaum mit mehr Bewegung ausgeglichen, was weitreichende gesundheitliche Folgen für die Bevölkerung hat und darüber hinaus auf die Stimmung drückt. Das ist das Ergebnis der zweiten „Bewegungsstudie“ der Techniker Krankenkasse (TK). Um das Bewegungsverhalten der Menschen in ihrem Alltag, Job, Freizeit und Urlaub zu analysieren, befragte das Meinungsforschungsinstitut Forsa im Juni 2013 im Auftrag der TK 1.003 Personen ab 18 Jahren.

Bewegungsmangel im Alltag und im Job, Faulenzen im Urlaub

Etwa eine halbe Stunde am Tag bewegt sich ein Erwachsener in Durchschnitt zu Fuß oder mit dem Rad. Eine viertel Stunde nur ist

es bei jedem Sechsten. Die Gründe dafür sieht rund die Hälfte der Befragten in zu langen Wegstrecken oder Zeitmangel. 25 Prozent hemmen körperliche Einschränkungen, und 23 Prozent nennen eine mangelnde Motivation. Insbesondere Berufstätige und Eltern geben den Zeitmangel als Hinderungsgrund an.

Knapp die Hälfte aller Berufstätigen arbeitet sitzend, und zwar im Durchschnitt mehr als neun Stunden am Tag. Ein relativ kleiner Anteil dieser Menschen gibt an, dass er sich zwischendurch bewegt. 52 Prozent der Berufstätigen sehen den Arbeitgeber in der Pflicht, Bewegungsangebote zu schaffen. Es werden zum Beispiel ergonomische Arbeitsplätze gefordert, Gesundheitskurse im Unternehmen, Fahrradstellplätze, Duschen und Umkleieräume sowie Betriebssport. Offen bleibt, ob geschaffene Bewegungsangebote tatsächlich genutzt würden.

Auch außerhalb der Arbeit harren viele Menschen in sitzenden Tätigkeiten aus. Mehr als vier Stunden Freizeit vor dem Computer oder dem Fernseher verbringt ein Drittel der Befragten. Diejenigen, die ihre Freizeit wenig aktiv zubringen, sind auch in der Urlaubsplanung eher auf eine bewegungsarme Gestaltung ausgerichtet. Menschen, die generell Spaß an körperlicher Aktivität und Sport haben, bewegen sich hingegen regelmäßig und auch in allen anderen Lebensbereichen.

Gesünder durch mehr Bewegung

46 Prozent der Deutschen treibt Sport. Fast die Hälfte aller Sportmuffel nennt als häufigsten Grund, keinen Sport zu treiben, die fehlende Motivation. Über ein Drittel leidet an körperlichen Einschränkungen und Zeitmangel aus beruflichen Gründen. Aufgrund von Stress im Privatleben verzichtet über ein Viertel der Erwachsenen. Wichtige motivierende Faktoren für die Sporttreibenden sind Gesundheit und Figur. Die Korrelation von Gesundheit und sportlicher Aktivität ist erkennbar: Von den Erwachsenen, die sich ihrer Meinung nach genug bewegen, sind deutlich mehr gesund, als jene, die sich zu wenig bewegen. Dieser Zusammenhang besteht auch mit dem Sitzen: Wer seine gesundheitliche Verfassung als gut bezeichnet, sitzt weniger als jemand mit gesundheitlichen Defiziten.

Dass der Gesundheitszustand mit ihrem Aktivitätsprofil korreliert, gibt ein Großteil der Befragten zu, insbesondere Menschen mit chronischen Erkrankungen. Insgesamt äußern sich drei von vier Befragten selbst kritisch über ihr Bewegungspensum, insbesondere Berufstätige plagt ein schlechtes Gewissen, da das Bewusstsein, dass Sport die Gesundheit fördert, vorhanden ist. Übergewichtige Menschen geben in acht von zehn Fällen an, dass sie sich im Alltag gerne mehr bewegen würden. Dabei befinden die meisten Befragten etwa eine Stunde Bewegung am Tag als ausreichend, um das Wohlbefinden zu verbessern.

Jeder Gang macht schlank

Unabhängig von der „Bewegungsstudie“ der TK sollen in einer Pilotstudie der Ärztekammer Nordrhein in den nächsten Monaten Freiwillige zu mehr Bewegung mobilisiert werden. 10.000 Schritte sollen die sonst eher bewegungsträgen Teilnehmer über den Tag verteilt zurücklegen, um das Risiko eines Herzinfarkts oder von Altersdiabetes zu senken. „Weniger Stress, weniger Depressionen und eine höhere Lebensqualität“ gehen außerdem mit einem Mehr an Bewegung einher, so eine Kölner Medizinerin, die sich an der Pilotstudie beteiligt. Rund 200 Personen nehmen an der Studie teil, für die sie sich etwa 30 bis 45 Minuten

zusätzlich am Tag bewegen sollen. Erste Erfolge in Form von verlorenen Kilos sind schon erzielt worden. Ein Schrittzähler scheint demzufolge ein guter Motivationsansatz zu sein, seinem „inneren Schweinehund“ den Garaus zu machen.

Die etwa 40 Seiten umfassende Studie „Beweg Dich, Deutschland!“ kann auf der [Website](#) der TK kostenlos abgerufen werden.

Management

Studie zur Förderung von Kreativität und Gesundheit am Arbeitsplatz

Infolge der Globalisierung sind Innovationsfähigkeit und Kreativität unerlässliche Aspekte der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen geworden. Bereits das Jahr 2009 wurde von der Europäischen Union zum „Europäischen Jahr der Kreativität und Innovation“ ausgerufen. Gleichzeitig fordert die Arbeitswelt von den Beschäftigten u. a. ein immer höheres Maß an Flexibilität und Eigenverantwortlichkeit. Unsicherheit und Stress nehmen zu und können die Gesundheit beeinträchtigen. Insbesondere arbeitsbedingte psychische Erkrankungen steigen bedrohlich an.

Seit 2005 untersucht die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin kreativitäts- und gesundheitsförderliche bzw. -hemmende Arbeitsbedingungen. In den Jahren 2005 bis 2007 wurde zunächst eine systematische Analyse vorhandener Erkenntnisse zu relevanten Bedingungen kreativitäts- und gesundheitsförderlicher Arbeit durchgeführt. Aufbauend darauf startete im Jahr 2009 das Forschungsprojekt „Kreativität und Gesundheit im Arbeitsprozess – Studie zu kreativitätsförderlicher Arbeitsgestaltung in der Wirtschaft“. Neben einer empirischen Bestandsaufnahme fördernder und hemmender Arbeitsbedingungen für Kreativität und Gesundheit hatte das Projekt auch die Entwicklung, Durchführung und Evaluation einer Interventionsmethode zur Kreativitäts- und Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz zum Ziel. Ende Juni dieses Jahres wurde der Abschlussbericht zu den Forschungsergebnissen veröffentlicht.

Modellierung von Kreativität und Gesundheit

Im Rahmen des Forschungsprojektes wurde zunächst ein Modell entwickelt, das die Indikatoren Arbeit, kreative Leistung und Gesundheit verknüpft. Eine Online-Befragung unter 830 Erwerbstätigen aus verschiedenen Branchen und Unternehmen diente der Bestandsaufnahme von Tätigkeitsmerkmalen und deren Wechselwirkung mit Kreativität und Gesundheit. Es wurden zwei zentrale Folgeketten von Bedingungskonstellationen herausgearbeitet. Demnach führen hohe Lernanforderungen (u. a. geistige Anforderungen der Tätigkeit und Lernerfordernisse) verbunden mit einem hohen Ressourceneinsatz (z. B. in Form von Qualifizierungsmöglichkeiten sowie Handlungsspielräumen und Zeitautonomie) zu größerer Motivation und höheren kreativen Leistungen. Umgekehrt dämpft die Kombination aus hohen Stressoren (u. a. Zeitdruck, Informationsdefizite und Arbeitsunterbrechungen) und einem geringen Ressourceneinsatz die Kreativität; es kann zu erheblichen Gesundheitsbeeinträchtigungen kommen (z. B. Erschöpfung).

Interventionsmethode „CreateHealth-Zirkel“

Auf Basis dieses Modells wurde der „CreateHealth-Zirkel“ entwickelt, eine Interventionsmethode zur kreativitäts-, leistungs- und gesundheitsfördernden Veränderung von Arbeitsbedingungen in Betrieben. Bestandteile des „CreateHealth-Zirkels“ sind Trainingsmaßnahmen zur kreativen Problemlösung sowie mehrere Themensitzungen zur Identifizierung betrieblicher Schwachstellen und von Potenzialen partizipativer Arbeitsgestaltung. Flankierend wird ein spezielles Führungskräfte-Training durchgeführt.

Zur Evaluation der Wirksamkeit wurde die Interventionsmethode in einem Betrieb angewendet, der zuvor in der Online-Befragung vertreten war. Es konnte eine Verbesserung der Eigeninitiative, der Kreativität im Arbeitsalltag, der sprachlichen Ausdrucksfähigkeit sowie des psychischen und körperlichen Befindens festgestellt werden. Zudem haben sich die Arbeitsbedingungen in die gewünschte Richtung verändert.

Fazit: Eine aktive Förderung von Kreativität und Gesundheit am Arbeitsplatz ist möglich

Kreativität ist nicht ausschließlich persönlichkeitsgesteuert, sondern über bestimmte Faktoren „von außen“ in entscheidendem Maße beeinflussbar. Dabei sind kreativitätsfördernde Arbeitsbedingungen in der Regel auch der Gesundheit der Mitarbeiter zuträglich.

Die Erkenntnisse des Forschungsprojektes „Kreativität und Gesundheit im Arbeitsprozess – Studie zu kreativitätsförderlicher Arbeitsgestaltung in der Wirtschaft“ und die hierbei entwickelte Interventionsmethode sind nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels, der insbesondere in den meisten Sektoren der Sozial- und Gesundheitswirtschaft zunehmend virulent wird, von erheblicher Bedeutung für die Unternehmen. Denn im Wettbewerb um qualifiziertes Fachpersonal müssen sich die Betriebe unausweichlich um gute Arbeitsbedingungen sowie den Erhalt von Gesundheit und Leistungsvermögen ihrer Mitarbeiter bemühen. Dies unterstützt auch die wichtige Außenwirkung als attraktiver Arbeitgeber.

Die Studie „Kreativität und Gesundheit im Arbeitsprozess – Bestandsaufnahme, Intervention und Evaluation“ von Britta Herbig und Jürgen Glaser (Dortmund: Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin 2013, 181 Seiten, Projektnummer: F 2244) steht als pdf zum Download zur Verfügung: <http://www.baua.de/publikationen>

Zukunft

Die Diversifizierung des Geldes

Den Wandel der Rolle des Geldes in der Gesellschaft hat der Zukunftsforscher Dr. Karlheinz Steinmüller, Wissenschaftlicher Direktor der Z-Punkt GmbH The Foresight Company, in der Zeitschrift „swissfuture“ beleuchtet. Er kommt zu dem Ergebnis, dass mit dem heutigen Geldsystem keineswegs ein Endzustand erreicht ist. Vielmehr sprechen seinen Analysen zufolge massive Trends für eine zunehmende Diversifizierung des Geldes.

Bonussysteme: Währung mit eingeschränkter Funktionalität

Die Funktion des Geldes sei seit jeher dieselbe: „Als universelles Äquivalent erleichtert es den Tausch.“ In den letzten Jahrzehnen sei feststellbar, das neben der eigentlichen Währung „ein unüberschaubarer Dschungel von Bonussystemen“ entstanden ist. An die Stelle der traditionellen Rabattmarken seien Vielflieger-Meilen, Payback-Systeme etc. entstanden. Sie könnten als „Geld mit eingeschränkter Funktionalität“ betrachtet werden. Denkt man die Idee weiter, könnten diese Bonussysteme auch als Grundlage betrachtet werden, auf der später einmal unternehmenseigene Währungen auf den Markt gebracht werden könnten.

Regiogeld als Mittel gegen den wirtschaftlichen Einbruch

Gleichzeitig seien weltweit parallel zu wachsenden Globalisierungskritik zahlreiche Komplementärwährungen entstanden. Ihr Zweck bestehe darin, in einer ökonomisch schwachen Region ein Tauschsystem zu etablieren, das die regionale Wirtschaft stärkt, Arbeitsplätze schafft und die Anhängigkeit der Region von Geldgebern von außen vermindert. Der positive soziale Effekt der Komplementärwährungen sei groß.

Etwa 50 so genannte „Regiogelder“ – eigene, mit Euro hinterlegte Parallelwährungen – seien seit 2003 in Deutschland, Österreich und in der Schweiz entstanden. Am bekanntesten sei der „Chiemgauer“ in Oberbayern, dessen Umlaufsumme sich auf rund 600.000 Euro belaufe. Über eine „Abflussbremse“, d. h. eine Umtauschgebühr beim Wechsel in die gesetzliche Währung, soll das eigene Geld in der Region gehalten werden.

Regiogeld könnte so ein Weg sein, den wirtschaftlichen Einbruch – wie derzeit in Griechenland oder Spanien – etwas abzufedern „und Menschen dazu zu bewegen, füreinander zu arbeiten, auch wenn keine Euros zur Verfügung stehen.“ In Griechenland, so Steinmüller, nutze man Internet-Tauschbörsen und zahle z. B. mit TEMs (griechisch für „Lokale Alternative Einheit“). Der Chef-Volkswirt der Deutschen Bank, Thomas Mayer, habe mit dem „GEURO“ sogar eine Komplementärwährung für ganz Griechenland vorgeschlagen. Mit ihrer Hilfe – d. h. durch eine Abwertung im Vergleich zum Euro – solle der griechischen Wirtschaft Luft zum Atmen verschafft werden.

Neue Zahlungssysteme

Eine ganz andere Form der Diversifizierung des Geldes entwickelt sich durch den zunehmenden Einkauf im Internet. Bisher, so der Autor, seien nur Zahlssysteme wie Paypal wirklich netzaffin. Inzwischen erobere dieses System allerdings auch zunehmend die

Ladentheken. „Warum sollte nicht in absehbarer Zeit das Smartphone Geldbörse und Kreditkarte ersetzen?“ Die Funktechnik NFC (near field communication), auf die Kreditkartenfirmen, aber auch Sparkassen und Genossenschaftsbanken setzten, ermöglichen den direkten Daten- bzw. Geldaustausch mit der Kasse. „Wenn man dann noch sämtliche Waren mit einem Funkchip versieht, könnte ganz auf Kassiererinnen verzichtet werden...“

In Ländern ohne ausreichende Banken-Infrastruktur ist das Bezahlen per Mobiltelefon schon verbreitet, so z. B. in Kenia über das Geldtransfersystem M-Pesa. Da M-Pesa über SMS läuft, ist es auch mit älteren Handymodellen nutzbar, eignet sich dank geringer Transaktionskosten auch für Kleinstbeträge und erlaubt es, kleinere Geldbeträge mit sich zu führen. „Eine bezahltechnische Innovation entpuppt sich so als soziale Innovation“, stellt Steinmüller fest.

Digitales Geld

Wer keine Datenspuren hinterlassen und anonym bleiben möchte, benötigt „digitales Bargeld“. Wie echtes Bargeld soll dieses nichts über seinen Besitzer aussagen, es soll konvertierbar sein, eine unbegrenzte Laufzeit haben, weithin akzeptiert werden etc. Zudem soll es von PC oder Handy auf andere Geräte übertragbar sein, es soll bei Verlust wiederfindbar und wiederherstellbar sein, und es sollte eine mehrfache Geldausgabe (double spending) vermieden werden. Wünschenswert seien auch kundenspezifische Formen, wie digitales Taschengeld für Kinder, mit dem z. B. keine Zigaretten gekauft werden.

Nachdem digitales Bargeld lange auf geschlossene Online-Welten wie Second-Life beschränkt geblieben sei, sei 2008 mit dem Bitcoin (BTC) das Double-Spending-Problem erstmals gelöst worden, indem eine Kontrolle über das Netzwerk der Nutzer geschehe. Durch die Finanzkrise gewann die „virtuelle Währung, auf die weder Banken noch Regierungen direkten Zugriff haben“, viele Anhänger – bis Hacker Millionenbeträge stahlen. Dennoch habe sich die Ansicht, dass das Geld in der Cloud sicherer ist als bei den Banken, gehalten. Juristisch gesehen werde Bitcoin als Rechnungseinheit, d. h. als Finanzinstrument, eingestuft, nicht als gesetzliches Zahlungsmittel, denn es bestehe keine Annahmepflicht.

Fazit

„Bei so viel Dynamik ist die Zukunft des Geldes ungewiss“, so der Autor. Er stellt fest, dass die Prozesse der Diversifizierung eng an grundlegende Veränderungen in der Bankenwelt (non-banks, near-banks, peer-to-peer-banking) und das erschütterte Vertrauen in das bestehende Geldsystem gekoppelt – und längst nicht abgeschlossen sind.

Die zentralen Fragen bleiben: „Wer emittiert Geld, wer darf Geldschöpfung betreiben? Wer kontrolliert auf welche Weise die Geldmengen?“ Die Banken- und Finanzkrise habe Alternativen zu den gesetzlichen Währungen ein breites Experimentierfeld geöffnet.

Den Beitrag „Geld und kein Ende“, in dem Dr. Karlheinz Steinmüller auch drei mögliche Zukunftsperspektiven beschreibt, finden Sie [hier](#).

Nanocellulose – das neue Supermaterial?

„Nanocellulose hat das Potenzial, neben Graphen, zu einer Art Supermaterial zu werden“. Das stellt Thomas Jüngling in seinem Beitrag in der „Welt am Sonntag“ vom 11. August 2013 fest. Wieder einmal ist es die Natur, die uns mit ihren Materialien in Erstaunen versetzt. Cellulose ist in Baumrinden oder in Getreide zu finden. Um sie für die Wirtschaft nutzbar zu machen, wird sie in Nanogröße benötigt. Finnischen Forschern und Technikern sei es bereits gelungen, einen festen Schaum aus Nanocellulose zu entwickeln.

Verblüffende Anwendungsgebiete

Die Zukunftsaussichten, die dieses Material bietet, sind verblüffend: Autos und Boote würden ultraleicht; Filter aus Nanocellulose Material könnten Schadstoffe aus Zigaretten sowie Salz aus Salzwasser lösen. Auf Grund der porösen Struktur sei das Material extrem hygroskopisch. „Im Optimalfall setzt sich das Volumen aus einem Prozent Nanocellulose und 99 Prozent Feuchtigkeit zusammen“, so Jüngling. Diese Eigenschaft werde sich bei der Behandlung von Patienten in Krankenhäusern, die z. B. seltener einen Verbandwechsel benötigen, heilungsfördernd auswirken. Forscher der Universität Jena beschäftigten sich mit der Frage, ob Nanocellulose, deren Struktur körpereigenem Gewebe entspreche, perspektivisch als künstliches Gewebe implantiert werden könnte. Der Einsatz werde von leichten Schusswesten, durch die keine Kugel dringt, bis hin zum Isoliermaterial z. B. bei Wohnbauten reichen. Das durchsichtige, leichte, stabile und sogar leitfähige Material könnte auf verschiedenen Gebieten Glas und Plastik ersetzen. Hauchdünne Displays sowie Fernseher, die wie Tapete an der Wand platziert werden, seien so in nahe Zukunft gerückt.

Herstellungsweise

Nanocellulose werde aus Holzrinde mit sehr hohem Druck und unter Zusatz von Chemikalien hergestellt. Problematisch stelle sich dabei der hohe Energieverbrauch dar. Eine weitere Möglichkeit sei die Herstellung von bakterieller Nanocellulose, die unter Einsatz von Zucker und Flüssigkeiten in großen Tanks durch Gärung entstehe. Die ressourcenschonendste Herstellungsweise scheine Forschern der University of Texas gelungen zu sein. Sie hätten mit der DNA von Essigsäurebakterien Algen dazu veranlasst, Nanocellulose zu produzieren. Für diese Herstellungsart würden Sonnenlicht und Wasser benötigt. Faszinierend bei diesem Produktionsprozess sei, dass die Algen dabei auch Kohlendioxid verbrauchten und in der Lage seien, sogar kristallines Material herzustellen.

Wann wird Nanocellulose auf den Markt kommen?

Für die texanischen Forscher sei der nächste Schritt, ihre Laborergebnisse unter industriellen Bedingungen zu testen. Dabei gingen sie davon aus, dass ihre ressourcenschonende Herstellungsweise in fünf bis zehn Jahren Marktreife erlangt. Bereits in diesem Jahr wolle das polnische Unternehmen Bowil Biotech, (<http://www.bowil-biotech.pl/index.php/en.html>) Nanocellulose auf herkömmliche Art und Weise herstellen.

Der Beitrag „Hauchdünne Displays aus künstlicher Baumrinde“ von Thomas Jüngling ist [hier](#) abrufbar.

Europa

Kommissionsvorschlag zur Reform des EU-Solidaritätsfonds

Die Europäische Kommission hat am 25. Juli 2013 einen Reformvorschlag zu dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union (EUSF) verabschiedet. Der Solidaritätsfonds wurde im Jahr 2002 nach mehreren schweren Überschwemmungen in Mitteleuropa eingerichtet, um EU-Mitgliedstaaten und Beitrittsländern nach Naturkatastrophen größeren Ausmaßes finanzielle Hilfe zu leisten. Seitdem kam der EUSF bei 52 Katastrophen in Europa zum Einsatz – unter anderem bei Erdbeben, Waldbränden, Dürren, Stürmen und Überschwemmungen. 23 Länder wurden mit insgesamt mehr als 3,2 Milliarden Euro unterstützt.

Mit dem neuen Legislativvorschlag soll die Funktionsweise des Solidaritätsfonds verbessert werden. So sollen die bestehenden Vorschriften vereinfacht werden, sodass der Fonds effektiver eingesetzt und die Hilfen schneller als bisher ausgezahlt werden können. Die Grundprinzipien des Fonds, die Finanzierungsmethode außerhalb des regulären EU-Haushalts sowie das voraussichtliche Ausgabenniveau bleiben unverändert.

Wesentliche Neuerungen

Die Kernelemente des Reformvorschlags sind:

- Ausräumen der Rechtsunsicherheit zum Anwendungsbereich des Solidaritätsfonds durch eine klare Definition des Interventionsbereichs. Dieser wird auf Naturkatastrophen einschließlich von Menschen verursachter Katastrophen, die direkt als Folge einer Naturkatastrophe ausgelöst wurden (Kettenreaktion), begrenzt.
- klarere Regeln für die Förderfähigkeit bei regionalen Katastrophen und Einführung eines einheitlichen Schadensschwellenwerts von 1,5 Prozent des regionalen BIP. Die mangelnde Klarheit der gegenwärtigen Bestimmungen zur Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds in solchen Fällen führte zu hohem Verwaltungsaufwand und einer Vielzahl abgewiesener Anträge. Eine Auswertung bisheriger Anträge ergab, dass durch die Zugrundelegung des Schwellenwerts beinahe dieselben Ergebnisse wie vorher erzielt werden, jedoch eine erhebliche Vereinfachung erreicht und die Entscheidungsfindung sowie die Auszahlung der Finanzhilfen beschleunigt werden können.
- Einführung von Vorschusszahlungen in Höhe von 10 Prozent der zu erwartenden Finanzhilfen mit einer Höchstgrenze von 30 Mio. EUR.
- Aufnahme einer Bestimmung für sich langsam entwickelnde Katastrophen (z. B. Dürren), wonach der Beginn der Katastrophe auf den Tag der ersten behördlichen Gegenmaßnahmen festgelegt wird. Dadurch werden die rechtlichen Schwierigkeiten der gegenwärtigen Regelung ausgeräumt, die eine Antragstellung innerhalb von zehn Wochen nach Auftreten der ersten Schäden voraussetzen.
- verkürzte Verwaltungsverfahren durch Zusammenlegung des Genehmigungsbeschlusses der Finanzhilfe und der entsprechenden Umsetzungsvereinbarung, sodass die Anträge schneller bearbeitet und Hilfen schneller ausgezahlt werden können.

-
- Einführung von Bestimmungen für eine effizientere Katastrophenprävention der Mitgliedstaaten durch Umsetzung der entsprechenden EU-Rechtsvorschriften im Bereich Prävention, Nutzung der verfügbaren EU-Mittel für entsprechende Investitionen und Verbesserung der Berichterstattung zu diesen Maßnahmen.

Der Vorschlag wurde im Rahmen des weiteren Legislativverfahrens an das Europäische Parlament und den Rat übermittelt.

Der Verordnungstext kann [hier](#) abgerufen werden.

Impressum

Verlag/Herausgeber:

BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT AG
Wörthstraße 15-17, 50668 Köln
Telefon 0221 / 97356-210
Telefax 0221 / 97356-479

Redaktion:

Stephanie Rüth (v.i.S.d.P.), s.rueth@sozialbank.de
Henning Braem, h.braem@sozialbank.de (Europa)
Jens Hayer, j.hayer@sozialbank.de (Gesellschaft)
Nurcan Karapolat, n.karapolat@sozialbank.de (Gesundheitswesen)
Hella Krauß, h.krauss@sozialbank.de (Zukunft)
Markus Sobottke, m.sobottke@sozialbank.de (Management)

ISSN: 1869-7631
Erscheinungsweise: monatlich